

KERAMISCHER

VII/Nr. 36 BERLIN
3. Sept.
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grünzel, bolde
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wühln
56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMIK- UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Sichert euer Bollwerk, Arbeiter!

Gewerkschafter, seid Kämpfer! Besiegt die Gegenrevolution!

Das öffentliche Leben ist erfüllt von dem Streit um die politische Umwälzung. Auf politischem Gebiet hat die Reaktion in Deutschland wichtige Positionen einzunehmen vermocht. Eine aus der Not und den Wirrnissen der Zeit geborene Bewegung gilt als Stoßtrupp gegen mühselige Errungenschaften und ist geeignet, politische Zustände herbeizuführen, die das Ende der Demokratie bedeuten. In diesen von heftigen Zuckungen erschütterten Kämpfen um die politische Neugestaltung ist die Gewerkschaftsbewegung etwas in den Hintergrund getreten. Es ist sicher kein Zufall, daß der Bundesvorstand und Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Zeit, als der Reichstagswahlkampf auf der Höhe angelangt war, einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erließ, der u. a. folgende dringende Mahnung enthielt:

„Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig. Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen, neue Gefahren abwehren, die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen, dann stärkt die Gewerkschaften! Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern. Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.“

Der Bundesvorstand des ADGB hat diese Mahnung und Warnung aus genauer Kenntnis der Verhältnisse an die deutsche Arbeiterschaft ergoßen lassen. Es besteht durchaus die Gefahr, daß nach vollständiger Einnistung der Reaktion in der Politik ein verstärkter Ansturm gegen die Gewerkschaften einsetzt. Das Unfermentum wird dabei Hilfsleistung leisten. Aus dem Wetterwinkel der westdeutschen Schwerindustrie werden bereits Forderungen laut, die auf eine vollständige Beseitigung der Gewerkschaften als Kampforganisationen hinielen. Die deutschen Gewerkschaften sollen zu Organen der Arbeitsgemeinschaft unter Führung des Unternehmertums gemacht werden. Nach dem siegreichen Eindringen der Reaktion in die Politik soll die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterschaft untergraben werden. Das sind die Ziele aller dunklen Elemente in Deutschland.

Es braucht an dieser Stelle nicht auseinandergesetzt werden, was die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiter und Angestellten bedeutet. In den 14 Jahren nach Kriegsende haben sie Leistungen vollbracht, die spätere Geschlechter als Großtaten ersten Ranges bezeichnen werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind für das gegenwärtige Wirtschafts- und Kulturleben schlechthin undenkbar. Unter den Erwerbsfähigen in Deutschland bilden die Arbeiter und Angestellten weitaus die Mehrzahl. Zersplittert sind diese Millionen rein gar nichts, organisatorisch zusammengelassen, bilden sie erst eine Macht. Die gewerkschaftlichen Organisationen bedeuten eine unbändige Kraft zur Kultur. In ihnen verkörpert sich das Zucht- und Drängen der im Dunkeln

stehenden Volksmassen, die in der Wirtschaft den wertvollsten Bestandteil bilden. Die bewußte Betonung der gesamten Arbeiterklasse als Machtfaktor bildet ihre unverzichtbare Stärke.

Das gewerkschaftliche und kulturelle Selbstbewußtsein ist nichts anderes als die Befreiung des Persönlichkeitsempfindens der arbeitenden Massen von Unwissenheit und Unkultur. Die einfache Tatsache, täglich für Wirtschaft, Staat und Volk werbeschaffend tätig zu sein, berechtigt nicht allein zum Selbst- und Persönlichkeitsbewußtsein. Es muß eine Kraft dahinterstehen, die dies mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringt. Es wäre ein geradezu unerträglicher Kulturzustand, wenn so große Volksteile, wie es die Lohn- und Gehaltsempfänger innerhalb der modernen Volkswirtschaft sind, nicht kraftvoll empordrängen und persönliche, wirtschaftliche und kulturelle Anteilnahme auf allen Gebieten des Lebens forderten. Diese wenigen grundsätzlichen Bemerkungen dürften jedem Arbeiter und Angestellten klar zum Bewußtsein bringen, daß die erdumspannende Bewegung der Gewerkschaften im Wirbel der Zeit die größte Beachtung verdient.

Und so sollte jedes Gewerkschaftsmitglied zu einem eifrigen Kämpfer für

seine Ideen und seine Organisation werden. Wo anders sollen die in Fabriken, Werkstätten, Bauplätzen und Büros zerstreuten Arbeitermassen noch eine Vertretung ihrer ureigensten Interessen erhalten als bei den Gewerkschaften. Die Lohn- und Gehaltsempfänger zählten so lange zum vierten Stand der Gesellschaft, als sie sich ihrer Klassenlage noch nicht bewußt waren und sich noch nicht in Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten. Mit Zuckerbrot und Peitsche suchte man die immer mehr anschwellende Masse der Hand- und Kopfarbeiter niederzuhalten. Erst als die Gewerkschaften entstanden und so weit erstarkten, daß sie beachtet, anerkannt und als Macht gewertet werden mußten, verbreitete sich langsam die Einsicht, daß hier die stärksten Kraftquellen der modernen Volkswirtschaft verankert liegen. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß die gewaltigen Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft nicht in eine Klassenmacht zu verwandeln vermochten. Daraus ergibt sich, wie schwierig es ist, in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen einfache erscheinende Dinge zum Bewußtsein größerer Menschenmassen zu bringen und im Interesse der gesamten Arbeiterklasse auszuwerten.

Die Todes-Notverordnung in Anwendung

Zuchthaus- und Todesurteile und ihre Wirkung / Hitler in unbegrenzter Treue mit Mördern verbunden

Nach den Terroraktionen der Nationalsozialisten in Ostpreußen, Schlesien und Schleswig-Holstein erließ bekanntlich der Reichspräsident eine Notverordnung, in der Sondergerichte für die politischen Straftaten vorgeschrieben waren und in der verschärfte Strafen, darunter auch die Todesstrafe, für sie in Aussicht gestellt wurden. Die Sondergerichte nahmen inzwischen ihre Tätigkeit auf und verhandelten in einer Anzahl Fälle von Gesetzesübertretungen im Sinne der Verordnung. Bisher waren es zwei Fälle, deren Behandlung Volksteile in Erregung versetzte und weit über Deutschlands Grenzen hinaus die öffentliche Meinung in Anspruch nahm.

Bei dem einen Fall in Brieg standen Reichsbanner-Angehörige vor den Schranken des Gerichts, die sich in Ohlau bei einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten in tatsächlicher Notwehr befanden und zur Vergeltung hinreißen ließen, wobei zwei Nationalsozialisten den Tod fanden und zwei Frauen von Nationalsozialisten angeschossen wurden. Dieser Vorgang spielte sich am 10. Juli in der Wahlzeit, also lang vor dem Erlaß der Notverordnung nach monatelangem Terror der Nationalsozialisten, in Schlesien ab, bei dem auch republikanische Todesopfer auf der Strecke blieben. Die Hauptangeklagten wurden wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Waffenmißbrauch und schweren Auftrags nach den Bestimmungen der Notverordnung zu 4, 3 und 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im ganzen wurden 27 Angeklagte zu neun Jahren Zuchthaus und 203 Monaten Gefängnis verurteilt, 16 Angeklagte freigesprochen. Die Nationalsozialisten hatten den Zusammenstoß herbeigeführt und die ganze republikanische Bevölkerung dabei in der schlimmsten Form provoziert. Selbst das Gericht traf ähnliche Feststellungen, aber verurteilt wurden die Republikaner. Daß ein solches Urteil bei der gesamten rechtseuchenden Bevölkerung in Deutschland hellste Empörung auslöste, ist begreiflich, und daß es in irgendeiner Weise revidiert werden muß, erscheint dringend notwendig.

Der zweite Fall wurde in Beuthen abgeurteilt. Dort standen nationalsozialistische SA-Leute vor dem Gericht. Sie hatten nach Erlaß der Notverordnung in

der Nachtstunde von 1 bis 2 Uhr den in Pötempa wohnenden Arbeiter Pietzuch im Beisein seiner Mutter und seines Bruders in seiner Wohnung vielschichtig ermordet. Der Leichenbefund des ärztlichen Sachverständigen besagt: „Die Leiche hatte im ganzen 29 Verwundungen aufgewiesen. Besonders schwere Verletzungen wies die Leiche am Hals auf. Die Halsschlagader war vollkommen zerrissen. Der Kehlkopf hatte ein großes Loch. Der Tod ist durch Ersticken eingetreten, da das aus der Halsschlagader sich ergießende Blut durch den Kehlkopf in die Lunge getreten ist. Die tödliche Verletzung muß dem Pietzuch beigebracht worden sein, als er auf dem Boden lag. Er hat schwere Schläge mit einem stumpfen Beil oder einem Stock über dem Kopf bekommen.“ Geschossen wurde auch auf ihn. Der Bruder des Ermordeten sagte aus, daß die Mißhandlungen eine halbe Stunde gedauert haben. Dem bestialischen Mord war kein Streit oder sonst ein Konflikt vorausgegangen, er erfolgte deshalb, weil Pietzuch Kommunist war. Der Anstifter dazu war der Gastwirt und Gemeindevorsteher Lachmann. Er traktierte die Mörder, die mit einem Auto zum Tatort fuhren, vorher mit Alkohol.

Vom Sondergericht in Beuthen wurden am 22. August die Angeklagten Kottisch, Wolnizka, Gräupner und Müller wegen gemeinschaftlichen politischen Totschlags zum Tode verurteilt. Außerdem wurden die genannten Angeklagten wegen schwerer Körperverletzung, begangen an dem Bruder des Ermordeten, zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte Lachmann wurde wegen Anstiftung zum politischen Totschlag zum Tode verurteilt unter Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Der Angeklagte Hoppe wurde wegen Beihilfe zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten Nowack, Czaja und Adamak wurden freigesprochen.

Die Richter hielten sich in diesem Fall streng an die Bestimmungen der Notverordnung. Sie sprachen Recht im Rechtssinne.

Mehr als dieses Urteil muß nun dessen Wirken auf die Nationalsozialistische Partei beachtet werden. Der Führer dieser Partei sandte an die zum Tode Verurteilten, die

Das Schlimmste, was der deutschen Arbeiterschaft passieren könnte, wäre eine vollständige Lähmung der innerlich so gesunden gewerkschaftlichen Kraft. Wir wollen hoffen, daß dies der Reaktion nicht gelingt. Wir hegen aber auch die Hoffnung, daß die Hand- und Kopfarbeiter von sich aus die Bedeutung ihrer geschichtlichen Mission in dieser Stunde kennen. Mehr als sechs Jahrzehnte kämpft die deutsche Gewerkschaftsbewegung um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Beachtliche, selbst vom Optimisten nicht erhoffte Erfolge sind errungen worden. Die Gewerkschaftsbewegung hat aber eine noch größere Zukunftsaufgabe zu erfüllen.

Deutschland gleicht zur Zeit einem Hexenkessel. Die Gegenrevolution scheint ihren höchsten Gipfel erreicht zu haben. Doch weiß man nicht, was die nächsten Wochen noch bringen. Es ist durchaus möglich, daß das Koalitionsrecht mit gesetzlichen Mitteln verkümmert werden soll. Die deutschen Arbeiter und Angestellten sollten deshalb die Zeitgeschichte nicht nur verstehen, sondern auch zu lenken in der Lage sein. Die Gewerkschaften sind neben der politischen Bewegung der Haupthebel, mit Hilfe dessen der Pendel der Gegenrevolution aufgehalten werden kann. Deshalb die Bitte und Mahnung: Laßt die gewerkschaftlichen Organisationen nicht im Strudel der Zeit versinken, sondern bedient euch ihrer mit unbeugsamer Energie zum Wohle des arbeitenden Volkes.

einen Menschen ohne Vorwand vielschichtig abgeschlachtet haben, wovon jedoch die nationalsozialistischen Zeitungen nichts berichten, folgendes Telegramm:

„Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichsten Blutturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht.“

Außerdem erließ Hitler im Zusammenhang mit der Verurteilung seiner Parteifreunde in Beuthen noch einen Aufruf gegen die Regierung von Papen und gegen den Marxismus. Der Aufruf interessiert in diesem Zusammenhang die Öffentlichkeit nicht sehr. Desto mehr wird diese sich mit dem Telegramminhalt des Parteiführers Hitler befassen. Hitler gibt damit seinen Standpunkt zu erkennen, daß Mord nicht Mord und Recht nicht Recht und Mensch nicht Mensch ist. Nach ihm sind nationalsozialistische Mörder nicht Mörder. Was mögen das erst für verschrobene Begriffe sein, diese „Treue“ und diese „Ehre“? Der Mitarbeiter Hitlers, Hauptmann Göring, schreibt auch in einem Telegramm an die zum Tode Verurteilten den Satz: „14 Millionen der besten Deutschen haben eure Sache zu der ihrigen gemacht.“ — Beste Deutsche, einwandfrei von Juristen festgestellte und zum Tode verurteilte Unmenschen, Kameraden, Blutturteil, Treue, Ehre, Regierung, Pflicht, Hitler — ein schauerlich bukkett von Wörtern nach all den vom Gericht ermittelten Begleitumständen. Uns dünkt, die Schande Deutschlands ist noch nicht groß genug, und die nationalsozialistische Bewegung, geführt vom böhmischen Gefreiten Adolf Hitler, scheint der Nation noch manche Schmach zuzufügen, ehe Deutschland wieder zur Besinnung und zur Vernunft kommt. Wir Deutschen sollten der Menschenwürde wieder Geltung innerhalb unserer Grenzen verschaffen, sonst wird sie von den „besten Deutschen“ genau so erwürgt wie so manche große und edle deutsche Tugend, auf die wir einst stolz sein konnten.

Änderung des Manteltarifvertrages vom 21. Februar 1931.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Gewerbliche Arbeiter in der Glasinstrumenten- und Thermometer-Industrie und in allen anderen glasveredelnden Industrien mit Ausnahme der Glashütten- und Isolierflaschen-Industrie und der Facettenschleifereien.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Freistaat Thüringen einschließlich der eingeschlossenen preussischen Gebietsteile.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit:

1. August 1932.

Konferenz der Kristallglasindustrie

Am 14. August hatten sich die Funktionäre der Kristallglasindustrie des Riesengebirges und Vertreter dieser Industrie aus der Grafschaft Glatz zu einer Konferenz zusammengefunden...

Kollege Krebs, Charlottenburg, vom Bundesvorstand des Keramischen Bundes, ging in einem einleitenden Vortrag auf Krisenerschütterungen und Krisenursachen ein und beschäftigte sich eingehend mit dem Problem der Rationalisierung...

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Im Auftrag: gez. Schmitt. Boglaubig: Unterschrift unleserlich, Ministerial-Kanzleissistent. Eingetragen am 16. August 1932 auf Blatt 8328 und 10531 lfd. Nr. 6 des Tarifregisters.

Der Registerführer. Unterschrift unleserlich.

schiedensten Zweige der Glasindustrie gegeben hatte, zeigte er die Wege, die unter Führung der Gewerkschaften beschritten werden müssen, um die Krise wirksam zu bekämpfen.

Die Berichte der Funktionäre aus den einzelnen Orten des Riesengebirges ergaben ein geradezu erschütterndes Bild wirtschaftlichen und sozialen Niederganges. Die Betriebe be-

schäftigen, soweit sie nicht überhaupt schon geschlossen sind, kaum den 6. Teil der Belegschaften. Obwohl die Löhne sehr stark gekürzt sind, werden Neueinstellungen nicht vorgenommen.

Tariffbewegungen im Riesengebirge

Für die Lohn- und Manteltarifverhandlungen des Riesengebirges hat die Gruppe Glas des Keramischen Bundes den Vorschlag gemacht, den zur Zeit geltenden Mantelvertrag mit Ausnahme des § 4 - Arbeitszeit bis zum 31. Dezember 1933 zu verlängern.

Für die Zeitlohtafeln A und B ist Verlängerung bis zum 31. März 1933 in Vorschlag gebracht worden.

Leider konnte in den stattgefundenen Verhandlungen eine Verständigung nicht erzielt werden, zumal der Zweckverband Lohnreduzierungen in Höhe von 23-16 Prozent in Vorschlag gebracht hat.



Porzellanindustrielles

Das Verlangen der deutschen Porzellangeschirrfabrikanten an das Reich, ihre Verkaufspreise erhöhen zu dürfen, findet auch in der Tschechoslowakei bei den Porzellanfabrikanten große Beachtung...

In dieser Beziehung sind große Fehler seitens der deutschen Porzellanindustrie geschehen. Während bis noch vor einigen Jahren ein Abkommen mit der tschechoslowakischen Porzellanindustrie das die Preise auf den Weltmärkten regulierte...

wurden. Das Ergebnis dieser unglücklichen Preispolitik wurde seitens der tschechoslowakischen Porzellanindustrie vorausgesehen und leider mit Recht vorausgesagt.

Die Schlussfolgerung, daß die 57 Fabriken in der Nachkriegszeit wegen Absatzlosigkeit und Unrentabilität ihre Tore gesperrt hätten...

Aber mit aller Deutlichkeit geht aus den Auslassungen hervor, daß die tschechoslowakische Porzellanindustrie wesentlich auf den Export angewiesen ist. Sie muß 85 Prozent ihrer Erzeugungsmenge im Ausland unterzubringen versuchen...

Wichtig für die deutschen Porzellanarbeiter ist in dem erwähnten Artikel noch die Feststellung: „Die Gesteinskosten der tschechoslowakischen Porzellanindustrie sind heute ungefähr die gleichen wie in Deutschland...

kosten gegenüber, weil wir in Buntdrucken, Gold, einzelnen Chemikalien, Gips usw. auf den Bezug aus Deutschland angewiesen sind.

Daß die Frachten für die deutsche Porzellanindustrie billiger sein sollen, ist uns etwas Neues, bisher hieß es gewöhnlich, die tschechoslowakischen Porzellanwaren würden im Transitverkehr zu billigeren Frachtsätzen durch Deutschland befördert als die deutschen.

Rodach

In der Generalversammlung der Max Roessler Feinsteingutfabrik A.G., Rodach, wurde beschlossen, den Verlust von 379.499 RM vorzutragen und die Bilanzbereinigung später vorzunehmen.

Stadtlengsfeld

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge hat die Porzellanfabrik Stadtlengsfeld AG, Stadtlengsfeld (Rhön), ihre Zahlungen eingestellt und der Belegschaft gekündigt.

Die Arbeitszeit-Bestimmungen und die für Mehrarbeit zu gewährenden Zuschläge sollten im Gegensatz zu unseren Forderungen auf Einführung der 40-Stundenwoche zum Zwecke von Neueinstellungen von Arbeitskräften und Aufteilung der vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten dahin geändert werden...

Trotz der ernsthaften Bemühungen und der Darlegungen der Arbeitnehmer, daß Beunruhigungen lohnpolitischer Art in der Glasindustrie immer zum Schaden der Industrie und der Arbeiter ausgeschlagen haben, konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

Der Lohn- und Manteltarifstreit wird nach Beschluß der Verhandlungskommission einem Schiedsgericht unterbreitet werden, das bindende Entscheidung herbeiführt.

Wir wollen hoffen, daß diese Entscheidung den Verhältnissen der Arbeitnehmer des Riesengebirges, die durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowieso in der zurückliegenden Zeit stark gelitten haben, Rechnung trägt...

Waldenburg-Altwasser

Unterm 18. d. M. ist für den Betrieb Schlesi-sche Spiegelglasmanufaktur Karl Tietzsch, G.m.b.H. in Altwasser der Manteltarifvertrag unverändert um ein Jahr verlängert worden.

liche Anlagevermögen für die Hypotheken mit 0,21 Mill. RM. Von den Bankschulden sind 92.000 RM durch Debitoren in gleicher Höhe gedeckt.

Schwaben

Die Keramische Fabrik München-Schwaben setzte nach dem „Reichsanzeiger“ ihr Grundkapital auf 150.000 RM herab.

Tschechoslowakei

Die tschechoslowakischen Porzellanfabrikanten haben sich in ihrer Planerversammlung wieder über das Weiterbestehen ihres Kartells geeinigt.

Wir können uns nicht vorstellen, daß die tschechoslowakischen Porzellanfabrikanten ihre Unarten lassen werden.

Limoges (Frankreich)

Unser Kamerad François Déry, der Leiter der französischen Keram-Arbeiter-Organisation, ist vor einiger Zeit das Ziel eines Attentats gewesen.



Mißbrauch des freiwilligen Arbeitsdienstes

Nach den Bestimmungen der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst (F.A.D.) darf die Erledigung von Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst nicht dazu führen, Arbeiten dem Arbeitsmarkt zu entziehen...

Aus dem Bimsgebiet im Neuwieder Becken wird uns berichtet, daß der Stahlhelm als ausführende Organisation Planierungsarbeiten im ausgebeuteten Bimsgebirge vornimmt.

Nun einiges zu der Arbeit. Der Bims Kies liegt in einer Stärke von durchschnittlich zwei bis drei Metern im Neuwieder Becken.

und Boden befindet sich entweder selbst im Besitze der Bimsindustriellen, oder er wird von den Besitzern zur Ausbeutung verpachtet.

Bislang wurden die Planierungsarbeiten gegen Tariflohn ausgeführt. In der Regel erledigte man diese Arbeiten im Herbst und Winter und eine große Zahl von Arbeitern in der Bimsindustrie hatten dadurch Lohn und Brot.

meinheit trägt ja die Kosten des F.A.D. Wir haben nicht gehört, daß der Unternehmer den Teil der Betriebskosten, der für die Planierungsarbeiten eingesetzt werden muß, der Allgemeinheit zur Verfügung stellt.

In einem anderen Falle in Oldenburg, wo man mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes Klinkersteine herstellen wollte, haben sich auch die Ziegelindustriellen in ihrer Mehrzahl dagegen gewehrt.

